



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



**8129/12
(OR. en)
PRESSE 136
PR CO 19**

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3158. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, den 26. März 2012

Präsident **Nicolai WAMMEN**
Minister für europäische Angelegenheiten

(Dänemark)

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat befasste sich in erster Linie mit dem **mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)** für den Zeitraum 2014-2020 und erörterte die ersten Elemente der sogenannten Verhandlungsbox, in der die wichtigsten Fragen und Optionen für bestimmte Teile des MFR skizziert werden.*

Erörtert wurden die Rubriken 1 (Intelligentes und integratives Wachstum) – mit Ausnahme der Kohäsionspolitik und der Infrastrukturfazilität "Connecting Europe" –, 3 (Sicherheit und Unionsbürgerschaft), 4 (Europa in der Welt) und 5 (Verwaltung) sowie bereichsübergreifende Fragen.

Der dänische Vorsitz beabsichtigt, eine Grundlage für eine eingehende Erörterung auf der Juni-Tagung des Europäischen Rates zu schaffen, so dass der MFR vor Jahresende angenommen werden kann. Damit wäre ein fließender Übergang vom laufenden zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen gewährleistet.

INHALT¹

TEILNEHMER.....	5
------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN.....	7
--------------------------------	---

MASSNAHMEN IM ANSCHLUSS AN DIE DEZEMBER- UND DIE MÄRZ-TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES	9
--	---

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

HAUSHALT

– Finanzmittel für das ITER-Projekt	10
---	----

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

– Internationales Kakao-Übereinkommen	10
---	----

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

– Von der Mehrwertsteuerrichtlinie abweichende Regelung für Rumänien.....	11
---	----

BESCHÄFTIGUNG

– Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung durch Spanien	11
--	----

UMWELT

– EU-Umweltzeichen für Zeitungsdruckpapier.....	12
---	----

HANDELSPOLITIK

– Europa-Mittelmeerübereinkommen über Präferenzursprungsregeln.....	12
---	----

TRANSPARENZ

– Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten	13
---	----

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

ERNENNUNGEN

–	Ausschuss der Regionen.....	13
---	-----------------------------	----

TEILNEHMER

Belgien:

Dirk WOUTERS

Ständiger Vertreter

Bulgarien:

Bisserka BENISHEVA

Generaldirektorin für die EU, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Tschechische Republik:

Vojtěch BELLING

Staatssekretär (Kabinett)

Dänemark:

Nicolai Halby WAMMEN

Michael ZILMER-JOHNS

Minister für europäische Angelegenheiten

Staatssekretär für Außenpolitik

Deutschland:

Michael LINK

Staatsminister im Auswärtigen Amt

Estland:

Matti MAASIKAS

Ständiger Vertreter

Irland:

Lucinda CREIGHTON

Staatsministerin für europäische Angelegenheiten (Amt des Premierministers und Ministerium für auswärtige Angelegenheiten)

Griechenland:

Stavros DIMAS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:

Íñigo MÉNDEZ DE VIGO Y MONTOJO

Staatssekretär für die Europäische Union

Frankreich:

Jean LEONETTI

Minister für europäische Angelegenheiten beim Ministre d'État, Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten

Italien:

Enzo MOAVERO MILANESI

Minister, zuständig für europäische Angelegenheiten

Zypern:

Andreas MAVROYIANNIS

Stellvertretender Minister beim Präsidenten der Republik Zypern, zuständig für europäische Angelegenheiten

Lettland:

Andris TEIKMANIS

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Litauen:

Egidijus MEILŪNAS

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg:

Jean GRAFF

Generaldirektor für Wirtschaft und internationale Angelegenheiten

Ungarn:

Enikő GYŐRI

Staatssekretärin, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Malta:

Richard CACHIA CARUANA

Ständiger Vertreter

Niederlande:

Ben KNAPEN

Minister für europäische Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit

Österreich:

Wolfgang WALDNER

Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Polen:

Mikołaj DOWGIELEWICZ

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Portugal:

Miguel MORAIS LEITÃO

Beigeordneter Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Rumänien:

Leonard ORBAN

Minister für europäische Angelegenheiten

Slowenien:

Igor SENČAR

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Slowakei:

Ivan KORČOK

Ständiger Vertreter

Finnland:

Jan STORE

Ständiger Vertreter

Schweden:

Birgitta OHLSSON

Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und
Commonwealth-Fragen

Kommission:

Maroš ŠEFČOVIČ

Janusz LEWANDOWSKI

Vizepräsident

Mitglied

Die Regierung des Beitrittsstaates war wie folgt vertreten:

Kroatien:

Joško KLISOVIĆ

Stellvertretender Minister für auswärtige und europäische
Angelegenheiten

ERÖRTERTE PUNKTE

MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN

Der Rat erörterte in öffentlicher Sitzung die ersten Elemente der Verhandlungsbox, in der die wichtigsten Fragen und Optionen für bestimmte Teile des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für den Zeitraum 2014-2020 skizziert werden ([8057/12](#) + [ADD 1](#)).

Die von den Ministern erörterte Verhandlungsbox umfasst die Rubriken 1 (Intelligentes und integratives Wachstum) – mit Ausnahme der Kohäsionspolitik und der Infrastrukturfazilität "Connecting Europe" (CEF)¹ –, 3 (Sicherheit und Unionsbürgerschaft), 4 (Europa in der Welt) und 5 (Verwaltung) sowie bereichsübergreifende Fragen, insbesondere die Frage, ob bestimmte Instrumente in den MFR einbezogen oder ausgeklammert werden sollten.

Viele Delegationen forderten, dass sich die auf nationaler Ebene unternommenen Konsolidierungsbemühungen in dem EU-Haushaltsrahmen für 2014-2020 widerspiegeln müsse. Einige hoben den Beitrag des EU-Haushaltsplans zur Förderung von Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen hervor. Fast alle führten an, dass es wichtig sei, die EU-Rechtsvorschriften zu vereinfachen. Viele Mitgliedstaaten beantragten, dass die makroökonomische Konditionalität in den horizontalen Teil der Verhandlungsbox aufgenommen wird, anstatt sie auf den Kohäsionsteil der Box zu beschränken.

In Bezug auf Rubrik 1 waren sich alle Delegationen darin einig, dass Exzellenz ein Kernkriterium für die Finanzierung von Forschung und Entwicklung sein sollte. Einige hoben jedoch die Notwendigkeit eines ausgewogenen Zugangs aller Mitgliedstaaten zu den Mitteln hervor. Einige Mitgliedstaaten beantragten, dass der Rückbau kerntechnischer Anlagen in der Verhandlungsbox erwähnt wird.

In Bezug auf Rubrik 3 betonten viele Delegationen, wie wichtig die Maßnahmen der EU im Bereich Asyl und Migration seien. Einige schlugen vor, die gegenwärtige Struktur dieser Rubrik mit einer Teilrubrik 3a für Freiheit, Sicherheit und Recht und einer Teilrubrik 3b für die Unionsbürgerschaft beizubehalten.

In Bezug auf Rubrik 4 hoben viele Mitgliedstaaten Erweiterung und Nachbarschaftspolitik als prioritäre Bereiche hervor. Eine Reihe von Delegationen wies darauf hin, wie wichtig es sei, bis zum Jahr 2015 das Ziel zu erreichen, 0,7 % des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) für offizielle Entwicklungshilfe auszugeben. Einige bestanden nach den Vorgaben des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) auf einem festen Prozentsatz für Entwicklungshilfe, während andere einem quantitativen Ziel ablehnend gegenüberstanden.

¹ Die Fazilität "Connecting Europe" ist ein neues, von der Kommission vorgeschlagenes Instrument zur Beschleunigung des Infrastrukturausbaus in den Bereichen Verkehr, Energie sowie Informations- und Kommunikationstechnologien in der gesamten EU.

Zu Rubrik 5 wurde von vielen Delegationen angemerkt, dass die Verwaltungsausgaben konsolidiert werden müssten, und es wurden verschiedene Sparvorschläge gemacht. Gleichzeitig unterstrichen die Delegationen, dass der europäische öffentliche Dienst effizient bleiben müsse.

In Bezug auf die Frage, ob bestimmte Instrumente in den MFR einbezogen oder ausgeklammert werden sollten, vertraten einige Mitgliedstaaten die Auffassung, dass aus Gründen der Transparenz und der Haushaltsdisziplin alle Instrumente in den MFR einbezogen werden sollten. Andere waren der Ansicht, dass einige Instrumente aufgrund ihrer spezifischen Merkmale wie von der Kommission vorgeschlagen aus dem MFR ausgeklammert werden sollten. Einige Mitgliedstaaten sprachen sich gegen den vorgeschlagenen neuen Beitragsschlüssel für den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) aus. Einige waren gegen eine größere Flexibilität, die es der Europäischen Union ermöglichen soll, auf unvorhergesehene Umstände zu reagieren. Einige Delegationen traten für die Abschaffung bestimmter Instrumente ein, die außerhalb des MFR 2007-2013 angesiedelt sind. Mehrere Delegationen sprachen die Frage der noch abzuwickelnden Mittelbindungen ("reste à liquider", RAL) an; einige traten für konkrete Maßnahmen zur Verringerung des Anwendungsbereichs der RAL ein, andere wiederum hielten noch abzuwickelnde Mittelbindungen für ein normales Phänomen des EU-Haushaltsverfahrens.

In den kommenden Wochen wird der Vorsitz die Verhandlungsbox um die noch ausstehenden Elemente des MFR-Verhandlungspakets ergänzen, d.h. Kohäsion, CEF und Rubrik 2 (Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen und Eigenmittel). Der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) wird sich auf seiner Tagung am 24. April mit der Verhandlungsbox im Hinblick auf Kohäsion und die Rubrik 2 (Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen) befassen. Ab Mitte Mai wird der Rat dann seine Beratungen über den MFR auf der Grundlage einer Verhandlungsbox fortsetzen, die alle Teile des Verhandlungspakets beinhaltet.

Die Verhandlungsbox wird mit Fortschreiten der Verhandlungen kontinuierlich mit dem Ziel aktualisiert, dass die Unterschiede zwischen den Standpunkten der Mitgliedstaaten abgebaut und letztendlich miteinander in Einklang gebracht werden .

Die Finanzminister werden bei ihrem informellen Treffen in Kopenhagen am 30./31. März über den MFR diskutieren, ohne jedoch Schlussfolgerungen zu ziehen.

Der Europäische Rat wird sich auf seiner Tagung am 28./29. Juni mit der Verhandlungsbox als Grundlage für die letzte Verhandlungsphase befassen. Ziel ist es, die Verhandlungen über den MFR bis Jahresende abzuschließen.

MASSNAHMEN IM ANSCHLUSS AN DIE DEZEMBER- UND DIE MÄRZ-TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

Der Rat zog anhand eines Vermerks des Vorsitzes eine Bilanz der Maßnahmen, die im Anschluss an die Tagungen des Europäischen Rates im Dezember und im März sowie im Anschluss an das Treffen der Staats- und Regierungschefs im Januar ergriffen wurden.

Der Vermerk des Vorsitzes behandelt insbesondere die Themen Agenda für Wachstum, Wirtschaftspolitik, mehrjähriger Finanzrahmen, Justiz und Inneres, Klimapolitik, Handel und Erweiterung ([7824/1/12 REV I](#)).

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**HAUSHALT****Finanzmittel für das ITER-Projekt**

Der Rat legte seinen Standpunkt zum Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 für 2012 fest und billigte darin, dass 650 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen aus dem im Rahmen der Teilrubrik 1a (Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung) verfügbaren Spielraum in den Haushaltsartikel für den Internationalen Thermonuklearen Versuchsreaktor (ITER) aufgenommen werden¹.

Diese Maßnahme steht voll und ganz im Einklang mit dem vom Europäischen Parlament und vom Rat im Dezember 2011 erzielten Einvernehmen ([18557/11](#)).

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN**Internationales Kakao-Übereinkommen**

Der Rat nahm einen Beschluss an, mit dem der Abschluss des überarbeiteten Internationalen Kakao-Übereinkommens gebilligt wird².

Das von der Kakaokonferenz der Vereinten Nationen ausgehandelte Übereinkommen von 2010 ersetzt das Internationale Kakao-Übereinkommen aus dem Jahr 2001. Es wurde von der EU im Juni 2011 unterzeichnet und wird seitdem vorläufig angewendet. Das Europäische Parlament hat seine Zustimmung am 13. März 2012 erteilt.

¹ Die luxemburgische, die niederländische und die schwedische Delegation enthielten sich der Stimme.

² Der Wortlaut des Internationalen Kakao-Übereinkommens wurde im Amtsblatt L 259 vom 4. Oktober 2011, S. 8 veröffentlicht.

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Von der Mehrwertsteuerrichtlinie abweichende Regelung für Rumänien

Der Rat nahm einen Beschluss an, mit dem Rumänien ermächtigt wird, eine von der EU-Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Sondermaßnahme einzuführen ([7009/12](#)).

Mit dem Beschluss wird Rumänien abweichend von Artikel 287 Nummer 18 der Richtlinie ermächtigt, Steuerpflichtigen, deren Jahresumsatz den in Landeswährung ausgedrückten Gegenwert von 65 000 EUR (zu dem am Tag seines Beitritts zur EU geltenden Umrechnungskurs) nicht übersteigt, eine Mehrwertsteuerbefreiung zu gewähren.

Eine Sonderregelung für Kleinunternehmen steht den Mitgliedstaaten gemäß der Mehrwertsteuerrichtlinie als Option zur Verfügung; die rumänische Sondermaßnahme weicht von der besagten Richtlinie nur insofern ab, als die Jahresumsatzhöchstschwelle höher ist.

Es wird damit gerechnet, dass die Maßnahme das allgemeine Niveau der Einhaltung der Mehrwertsteuervorschriften verbessern wird. Der Ratsbeschluss gilt bis zu dem Tag, an dem eine Richtlinie zur Änderung der Höchstgrenzen für den Jahresumsatz, bis zu dem Steuerpflichtige von der Steuer befreit werden können, in Kraft tritt, oder bis zum 31. Dezember 2014, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher eintritt.

BESCHÄFTIGUNG

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung durch Spanien

Der Rat nahm einen Beschluss an, mit dem ein Betrag von 1,64 Mio. EUR aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung bereitgestellt wird, um im spanischen Baugewerbe entlassenen Arbeitnehmern zu helfen.

In Spanien ist die Nachfrage nach neuen Häusern aufgrund eines Rückgangs von Darlehen für das Baugewerbe und für Privatpersonen im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise beträchtlich gesunken.

UMWELT**EU-Umweltzeichen für Zeitungsdruckpapier**

Der Rat beschloss, den Erlass eines Beschlusses zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Zeitungsdruckpapier durch die Kommission nicht abzulehnen ([6858/12](#)).

Die Herstellung von Zeitungsdruckpapier erfordert erhebliche Mengen an Energie, Holz und Chemikalien und kann zu Umweltschäden oder -risiken im Zusammenhang mit der Nutzung der natürlichen Ressourcen führen.

Das mit der Verordnung (EG) Nr. 66/2010¹ eingeführte EU-Umweltzeichen wird für Produkte vergeben, die während ihrer Lebensdauer geringere Umweltauswirkungen haben. Der Beschlussentwurf unterliegt dem Regelungsverfahren mit Kontrolle; da der Rat seine Zustimmung erteilt hat, kann die Kommission den Beschluss jetzt erlassen, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

HANDELSPOLITIK**Europa-Mittelmeerübereinkommen über Präferenzursprungsregeln**

Der Rat genehmigte den Abschluss – im Namen der EU – eines Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln ([9429/10](#)).

Das Übereinkommen bietet ein einziges Rechtsinstrument, das das gegenwärtige Pan-Europa-Mittelmeer-System der Ursprungskumulierung, das auf einzelnen, zwischen Partnerländern geltenden Protokollen basiert, ersetzt.

Nähere Einzelheiten siehe Pressemitteilung [8128/12](#).

¹ ABl. L 27 vom 30.1.2010.

TRANSPARENZ

Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

Der Rat billigte die Antwort auf den Zweitantrag Nr. 04/c/01/12 gegen die Stimmen der dänischen, der finnischen und der schwedischen Delegation ([6764/12](#)).

ERNENNUNGEN

Ausschuss der Regionen

Der Rat ernannte Frau Urve ERIKSON (Estland) für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 25. Januar 2015, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ([7694/12](#)).
